

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmer,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des sächsischen Landtages,

mein Großvater, Hans Riedel wurde von 1933 bis 1934 von den Nationalsozialisten in den sächsischen Konzentrationslagern Colditz, Sachsenburg und Hohnstein festgehalten. Er musste dort miterleben wie er und andere Mitgefangene schikaniert, gefoltert und ermordet wurden. Erst im hohen Alter konnte er mit mir über seine Erlebnisse sprechen. Das hat mich tief bewegt und ermutigt mich bis heute, mich für die Demokratie einzusetzen. Auch deshalb engagiere ich mich seit über zehn Jahren für die Errichtung einer Gedenkstätte in Sachsenburg. Ich bin Vorsitzende der Lagerarbeitsgemeinschaft KZ Sachsenburg und Sprecherin des gesellschaftlichen Beirats der Gedenkstätte. Jedes Jahr begleite ich viele Schüler und Erwachsene, wie z. B. Angehörige der Bundeswehr über das Gelände des ehemaligen KZ und berichte ihnen von den Erlebnissen meines Großvaters, vermittele mein Wissen zur Geschichte des Lagers und diskutiere mit ihnen über die Gefahren der Demokratie.

Mit Entsetzen habe ich die Nachricht aufgenommen, dass im Kabinettsentwurf für den sächsischen Doppelhaushalt 2025/26 keine Gelder für den zweiten Bauabschnitt zum Ausbau der Gedenkstätte eingestellt wurden. Das bedeutet ab 2026 einen Stopp für das Gedenkstättenprojekt. Für mich, meine Mitstreiter und unser jahrelanges Engagement ist dies ein herber Schlag. Dies bedeutet konkret, dass das Gebäude, indem sich noch die originalen Zellen befinden, verfallen. In diesen Arrestzellen sind viele Gefangene und auch mein Großvater eingesperrt und gefoltert worden.

Es bedeutet aber auch, dass das Land Sachsen den Ausbau einer Gedenkstätte stoppt, die an dem Ort eines frühen Konzentrationslagers errichtet werden sollte. In Sachsen existiert bisher keine Gedenkstätte am Standort eines frühen Konzentrationslagers, obgleich sich 1933 in Sachsen – im reichsweiten Vergleich – die höchste Dichte an frühen KZ befand. Diese Orte bieten die Chance, jungen Menschen zu erklären, wie schnell sich eine Demokratie in eine Diktatur verwandeln kann und dass es Menschen und Engagement braucht, um die Demokratie zu schützen.

In vielen Gesprächen und Äußerungen von politischen Entscheidungsträgern aus Kommune, Land und Bund wurde in Aussicht gestellt, dass 2027 eine Gedenkstätte entstehen wird. Als Angehörige und Engagierte für die Gedenkstätte bitte ich um eine Erklärung, warum im Haushaltsentwurf keine Gelder für den weiteren Ausbau der Gedenkstätte eingestellt wurden und damit auch die zugesicherte Förderung von 50% durch das Bundesministerium für Kultur und Medien verfallen wird.

In einer Zeit von aufstrebendem Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus seitens der AfD muss man doch die Entstehung einer Gedenkstätte unterstützen. Eine Gedenkstätte zum Erinnern und Gedenken, aber vor allem zur politischen Bildung von Jugendlichen ist mit diesem Haushaltsentwurf hinfällig.

Ich bitte schnellstens um eine Erklärung für diese Entscheidung und ein Überdenken der selbigen. Gern bin ich auch zu persönlichen Gesprächen bereit.

Mit freundlichen Grüßen

Gisela Heiden
Vorsitzende der Lagerarbeitsgemeinschaft KZ Sachsenburg
Sprecherin des gesellschaftlichen Beirats der Gedenkstätte KZ Sachsenburg